

# Paradigmenwechsel als Deutungskampf

## Eine Analyse rentenpolitischer Reformdiskurse

Prof. Dr. Antonio Brettschneider, TH Köln

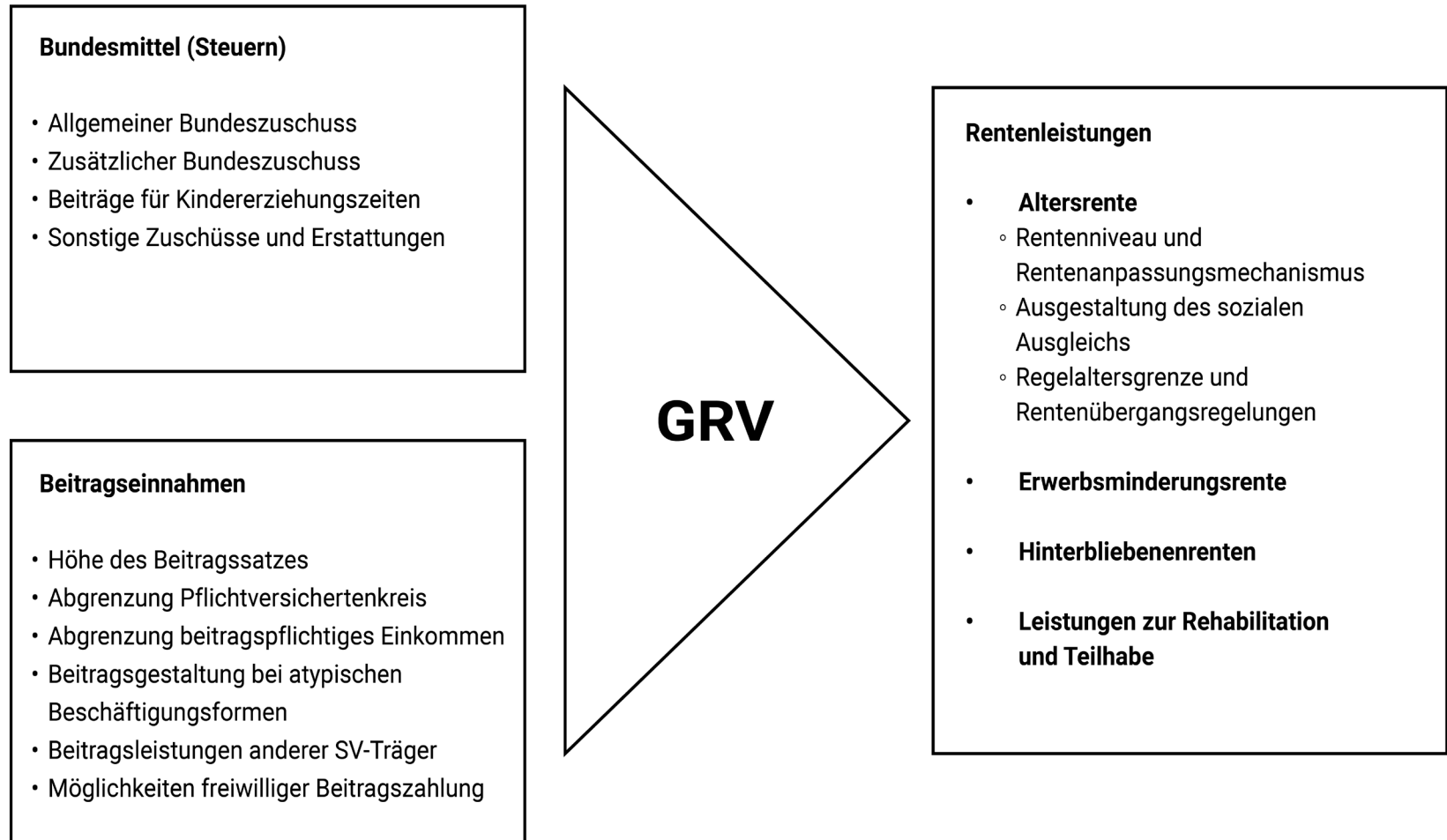
FNA-Jahrestagung 2026

# Gliederung des Vortrags

- 1) Entwicklungslinien der Rentenpolitik 1990-2025
- 2) Zur Rolle und Analyse von Reformdiskursen: Konzeptionelle Grundlagen
- 3) Zentrale Narrative des deutschen Reformdiskurses

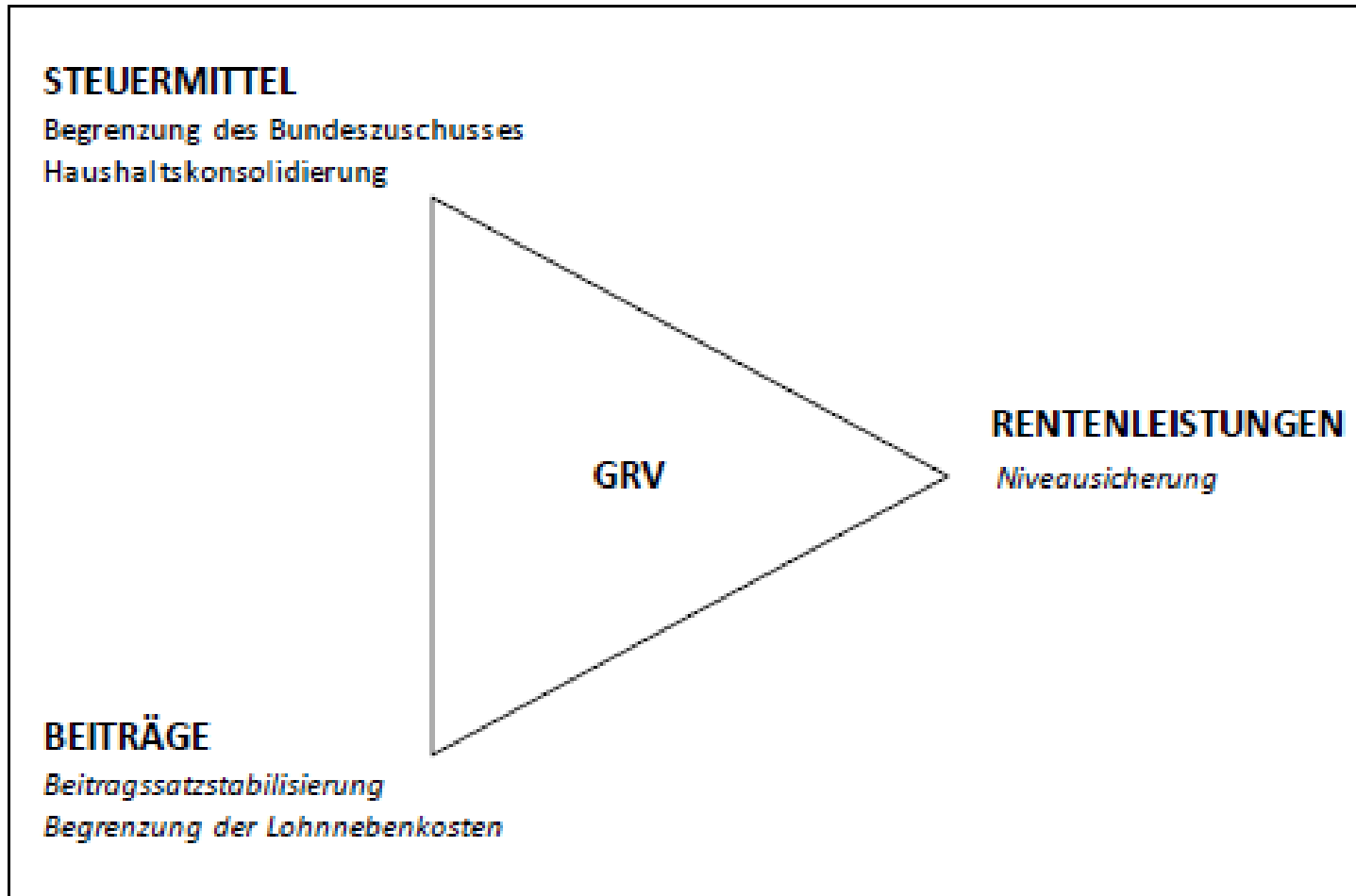
# Teil 1: Entwicklungslinien der Rentenpolitik

# Finanzierungsstruktur und „Stellschrauben“ der GRV



Quelle: Brettschneider 2023: 581

# Das Trilemma der Rentenversicherung



Quelle: Brettschneider 2009: 197

# Phase der Leistungskürzung und Teilprivatisierung (ca. 1993 – ca. 2010)

## Primat der Beitragssatzbegrenzung und der Haushaltskonsolidierung, zu Lasten der Sicherungsziele

- 1996 Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz
- 1997 Rentenreformgesetz 99
- 2000 Reform der EU/BU Renten
- 2001 „Riester“-Reform: Altersvermögens(ergänzungs)gesetz
- 2003 2. Gesetz zur Änderung SGB VI und weiterer Gesetze („Nullrunde“)
- 2004 RV- Nachhaltigkeitsgesetz
- 2007 RV- Altersgrenzenanpassungsgesetz: „Rente ab 67“
- 2010 Haushaltsbegleitgesetz (Streichung RV-Beiträge für SGB II-Bezieher)

# Phase der Leistungsverbesserungen (ca. 2011- 2025)

## Comeback des Niveausicherungsziels: „Doppelte Haltelinie“ zu Lasten des Ziels der Bundeszuschussbegrenzung

- 2014 RV-Leistungsverbesserungsgesetz
- 2017 EM-Leistungsverbesserungsgesetz
- 2018 RV Leistungsverbesserungs- und Stabilisierungsgesetz („Haltelinie 1“)
- 2020 Grundrentengesetz
- 2022: Rentenanpassungs- und Erwerbsminderungsrenten-Bestandsverbesserungsgesetz
- 2025: Gesetz zur Stabilisierung des Rentenniveaus und zur vollständigen Gleichstellung der Kindererziehungszeiten („Haltelinie 2“)

# Zwischenstand (Januar 2026)

- **Rentenniveau:** Befürchteter Sinkflug von 53% (2000) auf 43% (2030) ist auf halbem Wege gestoppt worden, „Haltelinie“ 48% bis 2031  
→ Rentenniveau von 2000 wurde bislang rechnerisch um knapp 10 Prozent abgesenkt
- **Beitragsatz:** Politisch beschlossene Obergrenzen (20% bis 2020 und 22% bis 2023) sind voll eingehalten worden  
→ Beitragsatz 2026 (18,6%) ist niedriger als 1986 (19,2%) !
- **Bundesmittel:** Anteil der Bundesmittel an die GRV an Gesamtausgaben (Ist) des Bundes lag 2024 (24,6%) niedriger als 2000 (26,3%)
- **Altersarmut:** Armutsgefährdungsquote 65plus (EU-SILC) ist kontinuierlich angestiegen, von 14,1% (2010) auf 19,4% (2024)  
→ Armutsgefährdung 65plus liegt seit Jahren über der Gesamtbevölkerung (2024: 15,5%)!

# Teil 2: Analyse von Reformdiskursen: Konzeptionelle Grundlagen

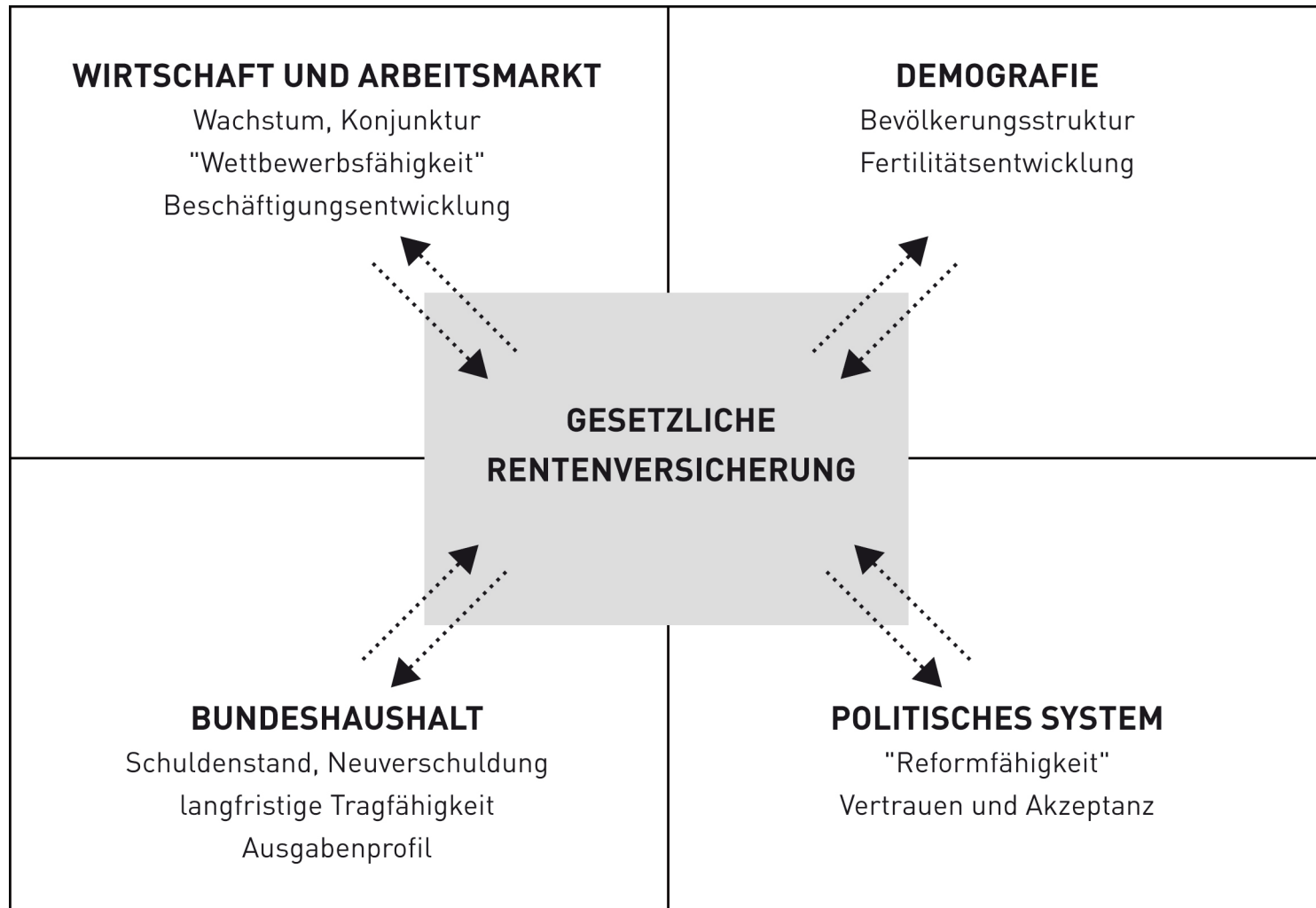
# Politikwissenschaftliche Perspektive

- „**Policy Cycle**“: **Problemdefinition** und **Agenda-Setting** als hoch relevante, eigenständige Phasen im Politikprozess
- Struktur von Gesetzentwürfen: „Problem und Ziel“ und „Lösung“
- **Interessenkonflikte** nehmen unter Bedingungen demokratisch-medialer Öffentlichkeit oftmals die Form von **Deutungskämpfen** an.
- Politische Akteure versuchen, ihre Problemdefinitionen und ihre präferierten politischen „Lösungen“ mittels geeigneter **Diskursstrategien** als hegemonial zu etablieren, um ihre Interessen durchzusetzen
- Wissenspolitologie der Rentenpolitik in der BRD: Nullmeier/Rüb 1993
- „Discursive Institutionalism“ (Vivien Schmidt 2008):  
Erfolgversprechende Diskursstrategien („Reformerzählungen“) beinhalten sowohl eine **kognitive** als auch eine **normative** Dimension
- Reformen müssen als „notwendig“ und „gerecht“ legitimiert werden!

# Soziologische Perspektiven

- **Franz-Xaver Kaufmann: Sozialpolitik erster und zweiter Ordnung**
  - Sozialpolitik erster Ordnung: Fokus auf **soziale** Problemlagen und ihre gezielte Beeinflussung
  - Sozialpolitik zweiter Ordnung: Fokus auf **systemische** Probleme: „Gewährleistung und Steuerung institutionalisierter Systeme“
- Spannungsfeld zwischen Rentenpolitik erster und zweiter Ordnung  
→ EU- Kompromissformel: „Adequate and Sustainable Pensions“
- In den 1990er und 2000er Jahren dominierte eine **Rentenpolitik zweiter Ordnung**: Fokus auf (vermeintliche oder reale) Systemprobleme der GRV
- Systemische Interdependenzen der GRV als Grundlage für Dysfunktionalitäts-Narrative: GRV als Problemfall, als Problemerzeuger und als Problem für sich selbst

# Systemische Interdependenzen der GRV



# Teil 3: Zentrale Narrative des deutschen Reformdiskurses

# Die 7 Dysfunktionalitäts-Narrative der GRV

- 1) Umlageverfahren als Wachstumsbremse (Kapitaldeckung und „Wagniskapital“)
- 2) GRV als Standort- und Wettbewerbsnachteil („Wachstum!“)
- 3) GRV als Beschäftigungsbremse („Lohnnebenkosten“)
- 4) GRV als Investitionsbremse („Sozialinvestition“!“)
- 5) GRV als fiskalische Belastung (Haushaltskonsolidierung, „Generationengerechtigkeit“)
- 6) GRV als demografischer Problemfall
- 7) GRV als Demokratieproblem („Reformstau“, „Gerontokratie“)

# (1) Umlageverfahren als Wachstumsbremse?

- „Ewige“ Diskussion: Umlageverfahren vs. Kapitaldeckungsverfahren
  - „Feldstein-These“ (1974): Mehr „Kapitaldeckung“ in der Altersvorsorge → mehr Ersparnisbildung → mehr Investitionen → mehr Wachstum und höheres Bruttosozialprodukt
  - Kritik an GRV: Umlageverfahren als volkswirtschaftliche Fehlallokation!
  - Wiss. Beirat BMWi (1998): Gutachten „Grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung“
  - M. Neumann (1998): „Kapitaldeckungsverfahren der Umlagefinanzierung in fast jeder Hinsicht überlegen“ → individuelle „Kapitalmarktrendite“ und höherer volkswirtschaftlicher Wachstumspfad
  - Massiver Lobbyismus der Finanzbranche: neue „Aktienkultur“, mehr „Wagniskapital“, Finanzmärkte als individuelle und kollektive Chance
- Narrativ stand allerdings nicht im Vordergrund offizieller Begründungen

## (2) GRV als Standort- und Wettbewerbsnachteil

### Standortdebatte nach der Wiedervereinigung

- SVR (1993): Am Standort Deutschland sind...
  - die Lohnstückkosten zu hoch,
  - die Arbeitszeiten und Maschinennutzungszeiten zu kurz,
  - die Unternehmensbesteuerung zu scharf,
  - die Regulierung der Wirtschaft zu dicht,
  - die Umweltschutzregelungen zu streng,
  - die Energiekosten zu belastend,
  - das Ausmaß an Erhaltungssubventionen zu groß,
  - die staatliche Produktion von öffentlichen Leistungen zu teuer,
  - die Bildungs- und Ausbildungszeiten zu lang“ (SVR 1993: 249).

## (2) GRV als Standort- und Wettbewerbsnachteil

- Theorie: „Jurisdictional competition“/ „Regulatory competition“  
“Paradigma des Standortwettbewerbs“ (H. Siebert):  
Gebietskörperschaften konkurrieren mit ihren Standort-Angeboten um mobile Produktionsfaktoren (insbes. Kapital)
- (Hayek: „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“): Standortwettbewerb deckt bestehende Ineffizienzen auf, zwingt zu Korrekturen  
(→ Kritisch: Krugman 1994)
- H. Siebert (1997): „Disziplinierung der nationalen Wirtschaftspolitik durch die internationale Kapitalmobilität“
- Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit als übergeordnete Ziele
- Diagnose Standort Deutschland: Massives Kostenproblem  
→ Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung unverzichtbar!

# Standortsicherung durch Lohnnebenkostenbegrenzung

- „Bündnis für Arbeit und Standortsicherung“ (23.1.96)

„Die Sozialbeiträge insgesamt und die Sozialabgabenquote müssen stabilisiert und bis zum Jahr 2000 wieder auf unter 40% zurückgeführt werden. Eigenvorsorge muss ein wachsendes Gewicht erhalten.

Über die hierzu wie zur Begrenzung und Verringerung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten erforderlichen Maßnahmen werden die bisher bereits geführten Gespräche fortgesetzt und vertieft.“ (S. 4)

- Entwurf Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG), 31.5.96

## „A. Problem

**Stärkung der Wirtschaftsdynamik**, Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und dadurch Sicherung der wirtschaftlichen Fundamente des Sozialstaates.

## B. Lösung

Anpassungen und Einschränkungen in den Bereichen Rentenversicherung und Arbeitsförderung zur **Begrenzung der Lohnzusatzkosten**“  
(BT-Drs. 13/4610:1)

# Standortsicherung durch Lohnnebenkostenbegrenzung

- **Entwurf RRG 99, 24.6.1997:**

„Die gesetzliche Rentenversicherung muss einen Beitrag dazu leisten, dass der Gesamtsozialversicherungsbeitrag und damit die Sozialabgabenquote zurückgeführt werden kann. **Dies ist wegen der Globalisierung der Wirtschaft zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und damit zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unumgänglich.** (BT-Drs. 13/8011: 1)

- **Entwurf 2. Gesetz zur Änderung des SGB VI und weiterer Gesetze, 30.10.2003:**

„Zur Belebung der Konjunktur ist es [...] unerlässlich, [...] die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. **Dies ist wegen der Globalisierung der Wirtschaft zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und damit zur Erhaltung bestehender und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze unumgänglich.** Daher muss auch der Faktor Arbeit kurz- und mittelfristig durch eine Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung in der Rentenversicherung und langfristig durch eine nachhaltige Dämpfung des Beitragssatzanstiegs entlastet werden.“ (BT- Drs. 15/1830: 8)

### (3) GRV als Beschäftigungsbremse

- **BM Norbert Blüm, Oktober 1997, bei der Diskussion um das RRG´99:**  
„Richtig ist, dass wir den **Teufelskreis** durchbrechen müssen: Höhere Beiträge führen zu mehr Arbeitslosen, mehr Arbeitslose führen zu weniger Beitragszahlungen, weniger Beitragszahlungen führen zu höheren Beitragssätzen, **und höhere Beitragssätze führen zu mehr Arbeitslosen.** Das können sie bis zum Zusammenbruch fortsetzen.“  
(BT-Prot. 13/198: 17872, 10.10.1997)
- **Rürup-Kommission 2003:**  
„Die positiven beschäftigungspolitischen Konsequenzen einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge sind belegt, und innerhalb der Kommission besteht Konsens darüber, **dass mithilfe einer Senkung der Lohnzusatzkosten positive Beschäftigungsimpulse gesetzt werden können.**“  
(Rürup-Kommission 2003: 46)

# Gerechtigkeit: „Teilhabe“ statt Verteilung

- **W. Merkel, SPD-Berater, 2003**

„Hohe Tariflöhne für die Beschäftigten und **hohe Lohnnebenkosten für die Alterssicherung behindern den Beschäftigungszuwachs** im unteren Dienstleistungsbereich. Sie tragen dazu bei, (Langzeit)Arbeitslosigkeit zu produzieren und schädigen so die am „schlechtesten Gestellten“ in der Gesellschaft.“ (Merkel 2003: 635)

- **J. Kocka, SPD-Berater, 2003**

„Um die Massenarbeitslosigkeit [...] zu lindern [...] und also Teilhabegerechtigkeit wiederherzustellen, nutzt die Reduzierung der Einkommens- Vermögens- und Risiko- Ungleichheit nicht nur nichts, sie erschwert die Erreichung dieses Ziels vielmehr zusätzlich. [...] **Mehr Teilhabegerechtigkeit ist derzeit nur durch einen Verzicht auf mehr Verteilungsgerechtigkeit zu haben.**“ (Kocka 2003: 12-13)

## (4) GRV als Investitionsbremse

- Nullsummenkonstruktion: „konsumtive“ vs. „investive“ Staatsausgaben
- Politische Zielsetzung: mehr Spielraum für „investive“ Ausgaben durch Kürzungen bei „konsumtiven“ Ausgaben
- Fiskalische Argumentationslinie: „Qualitative Haushaltskonsolidierung“
- Sozialpolitische Argumentationslinie: Paradigma der “Sozialinvestition” (Giddens 1998, Esping-Andersen 2002)
  - Leitlinie „investment in human capital wherever possible, rather than direct provision of economic maintenance” (Giddens)  
(→ Mehr Geld für Bildung, weniger für Rente)
  - Positivsummenkonstruktion: Mehr Sozialinvestitionen sind ökonomisch effizient und sozial gerecht (Chancengerechtigkeit)

# Sozialinvestition vs. Rentenniveau: Agenda 2010

## „Kanzleramtspapier“, Dezember 2002:

„Letztendlich muss bei allen großen Ausgabenblöcken das Tempo des Anstiegs deutlich gedrosselt werden – bzw. in einzelnen Jahren auch mal zum Stillstand kommen –, **damit der relative Anteil der Investitionen an den Ausgaben deutlich steigen kann.** Denn es sind die Investitionsausgaben, die unsere Wirtschaft und Gesellschaft voran bringen [...].

Größter Ausgabenblock bildet die Rente. Sowohl unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten [...] als auch unter Aspekten der Gerechtigkeit wird man der Diskussion über eine weitere **Beteiligung auch der Rentner an der Rückführung der konsumtiven Ausgaben** nicht ausweichen können.

Es ist zu prüfen, wie durch eine von der Rürup-Kommission neu zu entwickelnde Rentenformel der **Ausgabenblock Rente in den nächsten Jahren relativ verringert werden** kann.“ (S. 10)

# Mehr Chancengerechtigkeit durch Rentenkürzung?

- **Thomas Meyer, SPD-Berater, 2004:**

„**Reduktionen für die Rentenausgaben** [...] können in der Bilanz dann als eine Verbesserung des komparativen Gerechtigkeitsstandards des Landes interpretiert werden, **wenn dadurch die öffentlichen Investitionen im Bildungsbereich verbessert werden**. Auf diesem Wege kann die Chancengleichheit erhöht und zugleich die produktive Basis des sozialökonomischen Systems für die künftige soziale Sicherung verbessert werden.“ (Meyer 2004: 186)

- **Franz Müntefering, Interview, März 2004**

„Ich sage den Rentnerinnen und Rentnern: Wir geben 8,5 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode für bessere Ganztagsbetreuung bei den unter Dreijährigen und bei den Grundschulern aus. Wir geben das Geld also euren Enkelkindern und das dient letztlich auch der Alterssicherung. Wir müssen jetzt in die Zukunft investieren, damit morgen und übermorgen der Wohlstand im Lande bleibt. **Wir dürfen die Saatkartoffeln nicht verfüttern, sondern wir müssen sie pflanzen**. Denn wer nicht sät, der wird nicht ernten.“

## (5) GRV als Belastung für zukünftige Generationen

- Hintergrund: Haushaltskonsolidierung, Maastricht-Kriterien etc.
- Normative Semantiken: „Generationengerechtigkeit“, „Nachhaltigkeit“
- Neues Gerechtigkeitskriterium: intergenerative Renditegleichheit
- Neue Trias von Messkonzepten: „Implizite Schulden“, „implizite Rendite“, „Nachhaltigkeitslücke“: impliziter Bias gegen Umlagesystem
- „Generationenbilanzen“: Feldstein → Auerbach/Kotlikoff → B. Raffelhüschen
- „Türöffner“ B. Rürup: Sozialbeirat 2001, SVR 2001, Rürup-Kommission 2003 propagieren Vorstellung intergenerativer Renditegleichheit (Kritisch u.a.: Brettschneider 2024)
- **Quintessenz: Senkung des GRV-Leistungsniveaus und Teilumstieg auf kapitalgedeckte Privatvorsorge sind „generationengerecht“!**

## (6) GRV als demografischer Problemfall

- Umlageverfahren als Fehlkonstruktion: Falsche Grundannahme (stabiler Bevölkerungsaufbau) → „Kinder kriegen die Leute immer“ (Adenauer)
- Beitragssatzanstieg 1993 (17,5% → 19,2%): (Fehl-)Finanzierung der Wiedervereinigung als Steilvorlage für demografischen Krisendiskurs
- Demografischer Katastrophismus: „Zeitbombe“, „Systemkollaps“ etc.
- Konstruktionen der Alternativlosigkeit:
  - „Es ist eine Illusion, zu glauben, dass wir angesichts der demografischen Veränderungen, die auf uns zukommen, die gesetzliche Rentenversicherung so großzügig weiterfahren können wie sie jetzt ist. **Insofern ist eine deutliche Stärkung der privaten Vorsorge eine schlichte Notwendigkeit.**“  
(Börsch-Supan 2000) (→ Kritisch: Marschallek 2004)
- Demografie-Experten als Stichwortgeber für Finanzindustrie (u.a Birg/Börsch-Supan 1999 für GDV)

## (7) GRV als Demokratieproblem: „Gerontokratie“

- „Kampf“ oder gar „Krieg“ der Generationen?  
Herbeigesehnt, herbeigeschrieben, aber nicht eingetreten
- Warnung vor „Rentnerdemokratie“ (Roman Herzog, BILD Zeitung 11.4.2008)
- Sinn/Übelmesser (2000): „The Path to Gerontocracy“, „Wann kippt Deutschland?“ (→ Kritisch u.a. Goerres 2008: „Mythos!“)
- Ökonomische Theorie der Politik: Demokratische Entscheidungsprozesse sind suboptimal für effiziente Ausgestaltung der Alterssicherung (Browning 1975)
- Lösungsansätze: Entdemokratisierung der (Alterssicherungs-)Politik
  - Selbstbindung der Politik (Odysseus-Metapher): z.B. Schuldenbremse
  - „*Putting Pensions on Auto-Pilot*“: Systemische Automatismen
    - Nachhaltigkeitsfaktor
    - Autom. Kopplung Rentenalter an Lebenserwartung (Börsch-Supan 2007)

# Die 7 Dysfunktionalitäts-Narrative der GRV

- 1) Umlageverfahren als Wachstumsbremse (Kapitaldeckung und „Wagniskapital“)
- 2) GRV als Standort- und Wettbewerbsnachteil („Wachstum!“)
- 3) GRV als Beschäftigungsbremse („Lohnnebenkosten“)
- 4) GRV als Investitionsbremse („Sozialinvestition“!“)
- 5) GRV als fiskalische Belastung (Haushaltskonsolidierung, „Generationengerechtigkeit“)
- 6) GRV als demografischer Problemfall – und Fertilitätsbremse?
- 7) GRV als Demokratieproblem („Reformstau“, „Gerontokratie“)

# Fazit: Paradigmenwechsel als Deutungskampf

- Paradigmenwechsel ist diskursiv vorbereitet, flankiert und legitimiert worden
- Diskurstrategien und Reformnarrative:  
Kombination von kognitiver und normativer Argumentation
- „Kognitiver“ Kern: Theoreme der neoklassischen Orthodoxie
- Kernaussage: GRV als dysfunktionale Fehlkonstruktion:  
Problemfall, Problemerzeuger und Problem für sich selbst
- Normative Ebene: „Teilhabegerechtigkeit“, „Generationengerechtigkeit“ etc.
- Strategie sozialer Spaltung: Konflikt zwischen Kapital und Arbeit wird  
verdeckt durch angebliche Konflikte *innerhalb* der Arbeit:  
„Jung“ vs. „Alt“, „Insider“ vs. „Outsider“, Eltern vs. Kinderlose etc.
- **Gesamtaussage: Leistungskürzung der GRV und Teilprivatisierung der Alterssicherung sind notwendig und gerecht!**

# Cui Bono?



Foto: WALTER SCHMIDT / NOVUM

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/riester-rente-wie-konnte-das-passieren-walter-riester-a-0cdc64a2-aec6-4a20-964f-1649f1b892dd>

# *In memoriam: Winfried Schmähl (1942-2025)*



Wir trauern um

## **Winfried Schmähl**

Sein wissenschaftliches und sozialpolitisches Wirken war von herausragender Bedeutung. Das FNA wird sein Andenken hochhalten.

*Winfried Schmähl auf der FNA-Jahrestagung 2003*

# Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Prof. Dr. Antonio Brettschneider

TH Köln, Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften

Forschungsschwerpunkt „Autonomieräume im Sozialstaat“

[antonio.brettschneider@th-koeln.de](mailto:antonio.brettschneider@th-koeln.de)

# Quellen (1)

- Birg, H., Börsch-Supan, A. (1999): Für eine neue Aufgabenteilung zwischen gesetzlicher und privater Altersversorgung, Gutachten für den GDV, Berlin.
- Bündnis für Arbeit (1996): "Bündnis für Arbeit und zur Standortsicherung", Grundsatzpapier vom 23.1.1996, abgedruckt in: CDU (1996): CDU-Informationsdienst Union in Deutschland 3/1996, Bonn, S. 2-6.
- Börsch-Supan, A. (2000): Perspektiven der privaten Vorsorge. In: Erika Mezger (Hg): Zukunft der Alterssicherung. Düsseldorf: S. 45-59.
- Börsch-Supan, A. (2007): Über selbststabilisierende Rentensysteme, MEA Diskussionspapier 133-2007.
- Brettschneider, A. (2009): Paradigmenwechsel als Deutungskampf. Diskursstrategien im Umbau der deutschen Alterssicherung, in: Sozialer Fortschritt 9-10/2009, S. 189-199.
- Brettschneider, A. (2023): Von der „Rente ab 67“ bis zur „Grundrente“- Eine Analyse der Rentenpolitik in der Ära Merkel, in: Sozialer Fortschritt 72, 7/8, S. 579-596.
- Brettschneider, A. (2024): „Generationengerechtigkeit“ in der Alterssicherung – Solidarität oder Renditegleichheit?, in: Karger-Kroll/Schäfers (Hg.): Gerechte Rente. Sozialethische Perspektiven einer interdisziplinären Sondierung der Alterssicherung, Nomos, S. 205-226.
- Browning, E. (1975): Why the social insurance budget is too large in a Democracy, in: Economic Inquiry 13, S. 373-388.
- Bundesregierung (2002a): Auf dem Weg zu mehr Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit („Kanzleramtspapier“), Dezember 2002, Berlin.
- Feldstein, M. (1974): Social Security, Induced Retirement, and Aggregate Capital Accumulation, Journal of Political Economy 82 (5), S. 905 – 926.

# Quellen (2)

- Goerres, A. (2008): Reforming the Welfare State in Times of Grey Majorities. The Myth of an Opposition between Younger and Older Voters in Germany, German Policy Studies 2/2008, 131-156
- Kaufmann, F-X. (2009): Der Sozialstaat als Prozess - für eine Sozialpolitik zweiter Ordnung, in: ders., Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen, 3., erweiterte Auflage, Wiesbaden, S. 131-146.
- Kocka, J. (2003): Sozialdemokratische Grundwerte heute, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 12/2003, S. 10 - 15.
- Krugman, P. (1994): Competitiveness: A Dangerous Obsession, in: Foreign Affairs 73 (2/1994), S. 28-44.
- Marschallek, C. (2004): Die „schlichte Notwendigkeit“ privater Altersvorsorge. Zur Wissenssoziologie der deutschen Rentenpolitik, in: Zeitschrift für Soziologie 4/2004, S. 285-302.
- Merkel, W. (2003): Soziale Gerechtigkeit, Sozialdemokratie und Gewerkschaften im 21. Jahrhundert, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10-11/2003, S. 627-636.
- Meyer, T. (2004): Die Agenda 2010 und die soziale Gerechtigkeit, in: Politische Vierteljahresschrift 2/2004, S. 181–190.
- Müntefering, F. (2004): „Wir dürfen die Saatkartoffeln nicht verfüttern“, Interview, Bonner General-Anzeiger vom 19.03.2004.
- Neumann, M. J.M. (1998): Ein Einstieg in die Kapitaldeckung der gesetzlichen Renten ist das Gebot der Stunde, in: Wirtschaftsdienst 5/1998, S. 259-264.
- Nullmeier, F.; Rüb, F.W. (1993): Die Transformation der Sozialpolitik: Vom Sozialstaat zum Sicherungsstaat, Frankfurt a. M./ New York: Campus.
- Rürup-Kommission (2003): Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission, Berlin.

# Quellen (3)

- Schmidt, V. A. (2008): Discursive Institutionalism: The Explanatory Power of Ideas and Discourse, in: Annual Review of Political Science 11, S. 303- 326.
- Siebert, H. (1997), Disziplinierung der nationalen Wirtschaftspolitik - durch die internationale Kapitalmobilität, Kieler Arbeitspapier Nr. 832, Kiel: Institut für Weltwirtschaft.
- Siebert, H. (2000): Zum Paradigma des Standortwettbewerbs. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Sinn, H-W; Übelmesser, S. (2000): Wann kippt Deutschland um?, in: ifo Schnelldienst 28-29/2000, S. 20 -25.
- Sinn, H-W; Übelmesser, S. (2002): Pensions and the path to gerontocracy in Germany, in: European Journal of Political Economy 19 (1), S. 153 – 158.
- Sozialbeirat (2001): Gutachten des Sozialbeirates zum Rentenversicherungsbericht 2001, BT- Drs. 14/7639, S. 129-136.
- SVR (1993): Zeit zum Handeln - Antriebskräfte stärken, Jahresgutachten 1993/94, Wiesbaden.
- SVR (2001): Für Stetigkeit - gegen Aktionismus, Jahresgutachten 2001/2002, Wiesbaden.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft (1998): Grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, Bonn.